



Gemeinde Niederkrüchten
Der Bürgermeister
Planen und Umwelt
Aktenzeichen: 62 32 01

Niederkrüchten, den 12.02.2020

Vorlagen-Nr. 1417-2014/2020

Sachbearbeiter: Tobias Hinsin

öffentlich

Beratungsweg

Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschuss

02.03.2020

Erstellung einer Studie zur Einrichtung von Mobilitätsstationen auf dem Energie- und Gewerbepark Elmpt

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 25. November 2019 beantragt die CDU-Ratsfraktion die Verwaltung zu beauftragen, an die Verkehrsgesellschaft des Kreises Viersen (VKV) heranzutreten, um über diese eine Studie zur Einrichtung von Mobilitätsstationen im Bereich des Energie- und Gewerbeparks Elmpt erstellen zu lassen. Die Begründung des Antrags ist dem im Anhang beigefügten Antragsschreiben zu entnehmen. Der Rat hat den Antrag der CDU-Ratsfraktion in seiner Sitzung am 11. Dezember 2019 einstimmig zur weiteren Beratung an den Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschuss verwiesen.

Die Verwaltung steht über die Entwicklungsgesellschaft „Energie- und Gewerbepark Elmpt“ mbH zu dem Sachverhalt bereits im Austausch mit der VKV. Die VKV teilt mit, dass eine solche Studie bereits in Vorbereitung sei. Dazu erfolgten derzeit Gespräche sowohl mit dem Verkehrsministerium NRW als auch mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR). Angedacht sei, dass das Planungsbüro, welches die zweite Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Kreises Viersen begleitet hat, den Auftrag erhalte, eine Mobilstation in Elmpt zu planen. Eine Förderantragstellung gemäß der Förderrichtlinie für vernetzte Mobilität und Mobilitätsmanagement ("Fö-RiMM") soll erstellt und eingereicht werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Sachverhalt mit der VKV weiter zu begleiten.

Finanzielle Auswirkungen:		Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>	
Es stehen Mittel zur Verfügung:		Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	
PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Sachkonto:		/				
Kosten der Maßnahme in Euro						
Folgekosten in Euro						
Erläuterungen:						
Rechtsgrundlage:	gesetzliche Grundlage	<input type="checkbox"/>	vertragliche Verpflichtung	<input type="checkbox"/>	Freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheit	<input checked="" type="checkbox"/>

Anlage(n):

1. Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 25.11.2019

gez. Wassong